

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 92 (1998)
Heft: 5

Rubrik: Zeichen der Zeit : "Globalisiert die Solidarität!" - Rede zum 1. Mai 1998

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeichen der Zeit

«Globalisiert die Solidarität!» – Rede zum 1. Mai 1998

Liebe Genossinnen und Genossen

Für die Einladung, die Rede zur 1.-Mai-Feier im Bezirk Meilen zu halten, danke ich Euch ganz herzlich. Es ist schon die vierte Rede, die ich an unserer Bezirks-Maifeier halten darf. Das ehrt mich. Das bringt mich aber auch in die Verlegenheit, nicht Altes zu wiederholen, sondern Neues zu sagen. Die Verlegenheit wächst, wenn ich auf dem Programm lese, was von mir erwartet wird: eine Rede «zur Rolle des 1. Mai aus heutiger Sicht». Eigentlich spreche ich aus einer sehr «alten Sicht». Und das, so hoffe ich, nicht oder nicht nur wegen meines Alters. Ich bin ganz einfach davon überzeugt, dass unsere «alten» Grundwerte in der heutigen Zeit so aktuell sind wie eh und je.

Vom Umgang mit missbrauchten Worten und Idealen

Das Problem einer 1.-Mai-Rede in «heutiger Sicht» beginnt schon mit der Anrede. Wenn es nach einem bekannten Werbeberater der kantonalzürcherischen SP ginge, gäbe es keine «*Genossinnen und Genossen*» mehr. Diese Anrede könnte die neuen, gutverdienenden Mittelschichten abstoßen, die heute SP wählen, meint der Gestalter «erfrischender» Werbemittel. Ich kann ihm nicht folgen, ich mag sie, die «Genossinnen und Genossen», nicht missen. Sie gehören zu meiner Vision von einem demokratischen Sozialismus, einem Sozialismus «von unten», einem «*genossenschaftlichen*» Sozialismus. Aber eine solche «Vision» ist ja wohl auch nicht sehr «zeitgemäss». «Wer Visionen hat, braucht einen Arzt», meinte neulich ein früherer sozialistischer Bundeskanzler in Österreich. Ich

behaupte das Gegenteil und erinnere an den Satz des Alten Testaments: «Ein Volk ohne Vision geht zugrunde.» Das gilt genauso für eine Bewegung oder Partei. Eine Arbeiterbewegung, eine Sozialdemokratie ohne Vision geht zugrunde. Krank wird, wer keine Visionen hat.

Ich lasse mir diese *linken Werte, Begriffe, Worte* auch nicht nehmen, nur weil sie vom sog. real existierenden Sozialismus missbraucht wurden. Die SP Schweiz sagte in ihrem (noch immer geltenden) Programm von 1982, dass dieser Realsozialismus «nicht als sozialistisch bezeichnet werden» dürfe. Also hätte sie jetzt allen Grund zu zeigen, was ein echter Sozialismus wäre. Was kein echter Sozialismus war, kann den echten Sozialismus ja nicht widerlegen. Wenn der Kommandosozialismus (zu Recht) untergegangen ist, dann besteht überhaupt kein Grund, auch vom «demokratischen Sozialismus» Abschied zu nehmen – als ob wir uns nachträglich doch noch mit dem gescheiterten «Realsozialismus» identifizieren müssten.

Je höher ein Ideal, umso grösser ist die Gefahr, dass es missbraucht wird. So erging es auch dem Christentum mit der real existierenden *Inquisitionskirche* des Mittelalters. Trotzdem halten Christinnen und Christen bis heute an den Grundwerten ihres Evangeliums fest. Nicht anders verhält es sich mit dem Sozialismus. Es darf, es soll, es muss auch nach 1989 noch Sozialistinnen und Sozialisten geben.

Aber, so fragen viele, ist nicht ein hoffnungsloser Phantast, wer die Hoffnung nicht aufgibt, es lasse sich dem Siegeszug des Kapitalismus noch eine Alternative entgegensetzen? Ich glaube, es ist gerade umgekehrt: Der entfesselte Kapitalismus

hat so verheerende Folgen, dass ein *Suchen nach Alternativen* notwendig, ja überlebensnotwendig ist. Das wird auch liberalen Geistern im Bürgertum immer mehr bewusst. Nach der Ankündigung der UBS-Fusion schrieb ein Redaktor des CASH: «Schonungslos zeigt die Fusion auf, wie unvereinbar Demokratie und Kapitalismus (heute mit Shareholder value gleichgesetzt) im Grund sind.» Und ein Redaktor der «Weltwoche» meint: «Schon in den kommenden fünf Jahren werden Wirtschaftswissenschaftler den Bruch mit dem Kapitalismus postulieren und neue Formen gemeinsamen Wirtschaftens ausarbeiten.»

Das Problem ist also nicht, dass der «Realsozialismus» abgewirtschaftet hat, sondern dass der reale Kapitalismus noch immer wirtschaftet und sich dabei immer weniger um Demokratie und sozialen Frieden kümmert. Es geht um einen Kampf der *Menschenbilder*, die sich widersprechen und die auf Dauer nicht miteinander koexistieren können: um den Kampf zwischen einem demokratischen Menschenbild im *Staat* und einem undemokratischen, autoritären, sozialdarwinistischen Menschenbild in der *Wirtschaft*. Insofern ist die «Demokratisierung aller demokratisierbaren Bereiche» nach wie vor die Alternative zur (neoliberalen) «Privatisierung aller privatisierbaren Bereiche».

Globalisierung

Alles redet von «Globalisierung». Auch wir. Das *Motto* des kantonalzürcherischen Gewerkschaftsbundes für den heutigen 1. Mai heisst «Globalisiert die Solidarität!»

Die andere Seite globalisiert nur den *Markt*, der dadurch immer totaler und totalitärer wird. Länder verkommen zu blossen Wirtschaftsstandorten im internationalen «Standortwettbewerb». Demokratie verhält sich entweder standortkonform oder sie gilt als Störfall. Solidarität wird Synonym für «Standortnachteil». Der «Standort» bemisst sich allein nach den Interessen des Kapitals, nach dem, was heute «Shareholder value» heisst und was früher im sozialistischen Klartext «Gewinnmaxi-

mierung» hiess. Alle andern Werte müssen zurückstehen. Die höchste Form der Bildung ist die Vermögensbildung.

Arbeitsplätze werden wegrationalisiert, damit die *Aktien* steigen. Die Novartis-Fusion opferte 10 000 Arbeitsplätze und brachte den Aktionären über Nacht einen Kapitalgewinn von 18 Mia. Franken. Die UBS-Fusion opfert 13 000 Stellen und verheisst eine Eigenkapitalrendite von 20 Prozent. Und immer sagen die Verantwortlichen, ihre Entscheidungen seien «im Interesse der Zukunft unvermeidlich». Der *Markt* will es. Er ist unser *Schicksal*. Er verlangt diese *Opfer*. Die Marktwirtschaft wird zu einer Religion, einer Schicksalsreligion, einer Opferreligion. Wie antwortete der Novartis-Präsident auf den Vorwurf, dass er nur *Aktionärsinteressen* im Auge habe: «Diese Argumentation stammt aus dem letzten Jahrhundert, sie konstruiert einen Zielkonflikt zwischen Kapital und Arbeit. Das ist nicht mehr zeitgemäss. Heute spielt sich der globale Wettbewerb einerseits zwischen Standorten und andererseits zwischen Schicksalsgemeinschaften ab. Aktionäre, Unternehmensleitung und Mitarbeiter bilden eine solche Schicksalsgemeinschaft, die Region Basel als Standort bildet eine Schicksalsgemeinschaft.»

Das Schicksal verteilt seine Gunst sehr ungleichmässig – wie immer, wenn der Kampf um Gewinnvorteile als «Sachzwang» kaschiert wird. Die einen bestimmen, die andern werden bestimmt; die einen werden privilegiert, die andern geopfert. Der Markt als Schicksal rationalisiert immer mehr Menschen weg, er *rationalisiert* damit die Gesellschaft und auch sich selbst *kaputt*. Es gibt Prognosen, nach denen im nächsten Jahrhundert ein Fünftel der erwerbsfähigen Weltbevölkerung genügt, um die Weltwirtschaft in Schwung zu halten. Was wird mit den andern vier Fünfteln geschehen?

Die Unternehmen schrumpfen sich gesund, indem sie «überflüssige» Arbeitskräfte entlassen. Die sozialen Kosten der Arbeitslosigkeit hat der Staat zu tragen. Aber die Unternehmen sind nicht etwa bereit, für die wachsenden Sozialleistungen

der öffentlichen Hand mehr Steuern zu bezahlen. Im Gegenteil. Der Staat soll sich zu Lasten der sozial Schwachen entlasten. Sonst ziehen die Unternehmen in das Land oder den Kanton, wo sie die geringsten Steuern bezahlen müssen. Der Standortwettbewerb wird zum *Steuerwettbewerb*. An ihm lobt auch die Zürcher Regierung die «positiven beschränkenden Wirkungen auf die Staatsfinanzen». Es muss offenbar den Armen immer schlechter und den Reichen immer besser gehen, weil sonst die Staatsfinanzen aus dem Lot geraten. Um die Reichen mit Steuergeschenken bei Laune zu halten, spart die Zürcher Regierung an den Prämienverbilligungen, am Staatspersonal, an den Bildungsinstitutionen. Er will sogar die Altersbeihilfen abschaffen und damit das Einkommen der ärmsten Betagten und Behinderten um einen Zehntel schmälern. Gewiss ist die Schuldenlast dieses Kantons mit 9 Mia. Franken viel zu hoch. Was aber nicht übersehen werden darf: Die «Steuererleichterungen» seit den 80er Jahren machen aufsummiert 20 Mia. Franken aus...

Umverteilung «von unten nach oben»

Der sich selbst überlassene Markt gerät ausser Rand und Band, was neudeutsch «Deregulierung» heisst. Diese führt zu einer gigantischen Umverteilung von unten nach oben. Die *Reichen werden immer reicher* und die *Armen immer zahlreicher*. Zu den Armen gehören Langzeitarbeitslose, alleinerziehende Frauen, kinderreiche Familien, Jugendliche, die nach dem Schulabschluss keine Stelle finden, aber auch Menschen, die von ihren Löhnen nicht mehr leben können. Die Unterschiede zwischen Arm und Reich waren in der Schweiz seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie so gross. Im Kanton Zürich verfügen die reichsten 20 Prozent über die Hälfte des Gesamteinkommens, die ärmsten 20 Prozent gerade noch über 3,5 Prozent.

Nach einer UNO-Definition ist *arm*, wer über weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens verfügt. Nach dieser Definition waren 1960 erst 4 Prozent unse-

rer Bevölkerung arm. Heute sind es bereits 25 Prozent. Im Gegenzug stiegen die Werte der *börsenkotierten Aktien* 1985 bis 1997 von 100 auf 720 Mia., 1997 allein um 280 Mia. Die 100 reichsten Schweizer Familien haben im letzten Jahr Börsengewinne von 62 Mia. erzielt. Die Kapitalgewinne waren 1997 erstmals höher als die Einkommen aus Arbeit. Noch extremer ist die Kluft zwischen Arm und Reich in globaler Perspektive: Dem UNO-Bericht 1996 «Über die menschliche Entwicklung» entnehmen wir, dass 358 Milliardäre zusammen so reich sind wie die 2,5 Milliarden Menschen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung oder wie das Gesamteinkommen der armen Länder, in denen fast 45 Prozent der Menschheit leben.

Die Umverteilung der Einkommen und Vermögen ist das eine, die *Umverteilung der Macht* das andere: Deregulierung, wie sie unter neoliberalen Vorzeichen betrieben wird, verschiebt vor allem die Macht der Regulierung. Wenn die Wirtschaft immer weniger reguliert wird, wenn ihr immer weniger Grenzen gesetzt werden, dann wird sie mit der Zeit so mächtig, dass sie ihrerseits beginnt, den Staat zu regulieren, ihm Grenzen zu setzen. «Wirtschaftsführer», wie sie neuerdings wieder heissen, spielen ganze Staaten gegeneinander aus. Leute ohne jede demokratische Legitimation unterwandern so die demokratische Willensbildung und die demokratische Kontrolle. Was hier abläuft, hat *Gottfried Keller* in einer Horrorvision vorweggenommen, die im «Fähnlein der sieben Aufrechten» zu lesen steht:

«Glücklicherweise gibt es bei uns keine ungeheuer reichen Leute, der Wohlstand ist ziemlich verteilt; lass aber einmal Kerle mit vielen Millionen entstehen, die politische Herrschaft besitzen, und du wirst sehen, was die für einen Unfug treiben... Es wird eine Zeit kommen, wo in unserem Lande, wie anderwärts, sich grosse Massen Geldes zusammenhängen, ohne auf tüchtige Weise erarbeitet und erspart worden zu sein; dann wird es gelten, dem Teufel die Zähne zu weisen...» Soweit sind wir heute. Die Kerle könnten genannt werden.

Ausgrenzung – schon durch die Sprache

Die Arroganz gegenüber dem demokratischen Staat setzt sich fort in der *Arroganz* gegenüber Menschen, die am Markt nicht mehr bestehen können. Schlimmer als ausgebeutet zu werden, ist heute, nicht mehr ausgebeutet zu werden, d.h. keine Erwerbsarbeit mehr zu haben, ausgegrenzt zu werden. Arbeit, und sei sie noch so entfremdet, schafft wenigstens das Gefühl des Dabeiseins, der Solidarität der Betroffenen. Die Ausgrenzung verrät sich schon durch die Sprache. Dazu ein paar Beispiele:

Von «*Wohlstandsmüll*» redet Helmut Maucher von Nestlé. Müll ist wertlos, gehört zu den Dingen, die uns ekeln. Das Unwort des Jahres 1997 deklassiert Menschen, die mit dieser Wirtschaft nicht mehr zurechtkommen. Derselbe Helmut Maucher sagte schon 1991, er habe «das ethische und soziale Gesäusel» satt. Verlangt seien Manager mit «Kampfwillen» und «Killerinstinkten». Ein *militaristischer Jargon* hält Einzug in den Chefetagen. Märkte unterliegen nicht mehr dem Wettbewerb, sondern werden «erobert». «Sie müssen in Ihrer Belegschaft ständig ein Gefühl der Dringlichkeit und der Notwehr schaffen», rät Arthur Andersen den Firmenchefs. In Paris eröffnete im Oktober 1997 eine Managerschule ihren Betrieb unter dem Namen «Ecole de Guerre économique»... Da kann auch die *sexistische Sprache* nicht fehlen: Frauen im Verwaltungsrat von UBS brauche es nicht mehr, sagte neulich ein PR-Profi: Er nannte sie «reine Verzierdamen, die im frauenfreundlichen Trend der achtziger Jahre gewählt wurden». Kurz und schlecht: Unternehmen haben keine soziale, keine volkswirtschaftliche Verantwortung. So sagte es schon Milton Friedman, einer der Theoretiker des Neoliberalismus: «Die soziale Verantwortung des Unternehmens besteht darin, seinen Profit zu steigern.» So sagt es heute auch der Zürcher Finanzdirektor Eric Honegger: «Gewinn zu erzielen, ist die einzige volkswirtschaftliche Aufgabe eines Unternehmens.» Wo die Chefetage anfängt, hört die Ethik auf.

Gegenentwürfe

Was tun? Die Gegenentwürfe beginnen hier und heute, im «Rössli» Stäfa am 1. Mai 1998. Sie beginnen damit, dass wir uns auf eine einfache Wahrheit besinnen:

Der 1. Mai ist der Tag der Arbeit. An diesem Tag hat die *Arbeit* den *Vorrang vor dem Kapital*. Aber nicht nur an diesem Tag. An diesem Tag sollten wir uns vielmehr daran erinnern, dass der Arbeit auch an allen andern Tagen der Vorrang vor dem Kapital zukommen müsste. Warum? Weil in der Arbeit der Mensch sich selbst verwirklicht. Weil Arbeit Ausdruck der menschlichen Person ist – jede sinnvolle Arbeit, nicht nur die Erwerbsarbeit. In der Arbeit engagieren sich Frauen und Männer mit ihren Neigungen, ihren beruflichen Fähigkeiten, ihren sozialen Kompetenzen, aber auch mit einem hohen Anteil an Lebenszeit. Arbeit wird in der Regel auch gemeinsam mit anderen Menschen geleistet, stiftet also Gemeinschaft. Und weil der Arbeit dieser hohe Wert zukommt, gibt es ein *Menschenrecht* auf Arbeit. Wer dagegen *Kapital* investiert, leistet keinen wirklich existentiellen Einsatz, das Risiko ist beschränkt, in Aktiengesellschaften auf die Höhe des eigenen Anteils. Es gibt darum auch *kein Menschenrecht* auf Kapital. Kapital ist im Verhältnis zur Arbeit nur ein Mittel, ein Mittel im Dienst der Arbeit.

Heute besteht der umgekehrte Vorrang, der Vorrang des Kapitals vor der Arbeit, ein buchstäblich *perverser Vorrang*. Was unternehmen wir dagegen?

Beginnen wir mit dem *eigenen Land*: Wenn es wahr ist, dass Wachstum mehr Arbeitsplätze wegrationalisiert als neu schafft, dann gilt es, die Erwerbsarbeitszeit massiv zu verkürzen. Auf dem Tisch liegen zwei Arbeitszeit-Initiativen: Nebst der Initiative des SGB zur Einführung der 36-Stunden-Woche die Initiative der «Gesellschaft für gerechte Arbeitsverteilung» Ge-GAV. Diese betont, dass Menschen ein Recht haben, ihren Lebensunterhalt durch bezahlte Arbeit zu finanzieren. Die Initiative will das Recht auf Arbeit durch Umverteilung der Arbeit, durch Weiterbildung

und Umschulung verwirklichen. Ich denke aber auch an die Initiative für das Rentenalter 62. Die Würde älterer Menschen und ihre Bewahrung vor Arbeitslosigkeit dürfte uns 0,8 Prozent Mehrwertsteuer wert sein.

Wir sollten aber auch wieder vermehrt an *Selbsthilfe* denken. Viele Unternehmen könnten vor dem Untergang bewahrt werden, wenn die Angestellten über genügend Risikokapital verfügten, um ihren Betrieb selbst zu übernehmen. Ich denke an die gelungene Übernahme der Bally-Schuhfabrik im französischen Villeurbanne (Lyon) durch die Arbeiterinnen und Arbeiter. Erinnern wir uns auch an den vergessenen Artikel 23 der Zürcher Kantonsverfassung: «Der Staat fördert und erleichtert die Entwicklung des auf Selbsthilfe beruhenden Genossenschaftswesens.» Und das Wichtigste von allem: Erkämpfen wir uns das *Streikrecht!* Es gehört nicht nur ohne Einschränkung in die Verfassung, es muss uns vor allem wieder als Menschenrecht bewusst werden. 80 Jahre nach dem Generalstreik sollte dieses Recht, sollte auch der politische Streik wieder ein Thema sein.

Die nächste Ebene ist *Europa*. Wir sollten nur schon deshalb der EU beitreten, um dort mit allen fortschrittlichen Kräften zusammen für eine *Sozialunion* einzutreten. Die EU ist genügend stark, um soziale und ökologische Regulierungen gegenüber der Wirtschaft durchzusetzen. Schliesslich finden $\frac{3}{4}$ des Welthandels der EU-Staaten innerhalb der EU selber statt. Nur im Rahmen der EU lässt sich auch ein Sozialdumping vermeiden. Das zeigt der Entscheid des Europäischen Gerichtshofs gegen die Arbeitszeitregelung in Grossbritannien. Die 48 Stunden Höchstarbeitszeit der EU, die auch die Überzeit einschliessen, würden von der Schweiz ebenfalls überschritten.

Wenn der Markt *global* wird, muss auch die Soziale Marktwirtschaft globalisiert, muss insbesondere die WTO durch Sozialklauseln und ökologische Standards ergänzt werden. Mit besonderer Priorität sollte die Völkergemeinschaft den Devisenhandel in die Schranken weisen: Täglich liefern sich 1,5 Billionen Dollar ein globales Rennen um die beste Anlage. Das

Finanzkapital hat sich gegenüber der realen Wirtschaft verselbständigt, kann diese aber jederzeit in den Strudel eines Börsencrash hineinziehen. Diskutiert wird in diesem Zusammenhang die *Tobin-Tax*. James Tobin, ein amerikanischer Ökonom und Nobelpreisträger, schlägt vor, auf allen Devisentransaktionen einen Steuersatz zu erheben. Dadurch käme die öffentliche Hand nicht nur zu Einnahmen, auch das Geschäft mit den Zinsdifferenzen zwischen Ländern und Märkten würde sich nicht mehr lohnen. Läge die Taxe bei 0,1 Prozent, so ginge das Transaktionsvolumen um zwei Drittel zurück, während die Steuereinnahmen jährlich 150 Mia. Dollar ausmachten.

Für die Zukunft entscheidend aber ist, dass der Globalisierung des Marktes eine *Globalisierung der Solidarität* gegenübersteht. Es fehlt nicht an Hoffnungszeichen, angefangen von der Dezemberrevolte 1995 in Frankreich, die zu einem Regierungswechsel führte, über den erfolgreichen Streik der 185 000 Fahrer des United Parcel Service, der 1997 einen Wendepunkt in der Sozialgeschichte der USA einleitete, bis zum Befreiungskampf der Zapatistas im mexikanischen Chiapas. «Globalisierung der Solidarität» hiesse, dass alle diese Streiks, Befreiungskämpfe und Protestaktionen als Teile ein und derselben weltweiten Widerstandsbewegung erkannt würden. Subcommandante Marcos ging neulich mit dem guten Beispiel voran: Er liess sein Honorar für einen Artikel in einer amerikanischen Zeitschrift streikenden Arbeitern in Turin zukommen. Indem diese Arbeiter streikten, sagte er, bekämpften sie das gleiche System des Neoliberalismus, das auch Menschen in Mexiko unterdrücke. Die Geste erinnert an die zahlreichen Geldspenden, die unsere SP-Sektionen zu Beginn dieses Jahrhunderts für Streikende im Ausland aufbrachten. Es wäre Zeit für eine neue Internationale, eine Internationale, die von unten käme und die für eine demokratische, eine genossenschaftliche, eine geschwisterliche Gesellschaft eintreten würde, eine Gesellschaft, für die wir das gute alte Wort vom Sozialismus wieder verwenden dürften.